Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 210. Abendblatt. Dienstag, den 5. Mai 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 4. Mai. Die Pariser „Presse" ist so schamlos, die in der preußischen Armee angeordneten Beurlaubungen als eine Falle für Frankreich auszugeben. Es ist dies ein neuer Beweis, wie tief die chauvinistische Partei in Frankreich gesunken ist. Andererseits steht aber hiermit jedenfalls auch eine Baisse-Spekulation in Verbindung, indem man durch die Mittheilung die Anschauungen von der bedrohlichen Lage Europas aufrecht zu erhalten sucht. — Die „Italie" bringt in einer Korrespondenz aus Paris zwei bemerkenswerthe Mittheilungen, deren Richtigkeit dahin gestellt bleiben muß. Nach der einen soll General Fleury die Mission erhalten haben, England zu bewegen, für den Fall eines Krieges Frankreichs mit Preußen resp. Deutschland neutral zu bleiben. Frankreich denke nicht daran, Belgien zu annektiren, halte es dagegen im Interesse seiner Sicherheit für geboten, daß die Linie von Festungen, mit der Preußen Frankreich bedrohe, geschleift und daß ihm eine kleine Grenzberichtigung bewilligt werde. Näheres ist nicht gesagt. Die Mittheilung ist jedenfalls als eine Fastnachtsposse aufzufassen. Niemand wird glauben, daß Preußen die Hand zur Schleifung von preußischen und deutschen Festungen bieten wird, wenn Frankreich nicht mit der Schleifung von Straßburg und Metz vorausgegangen ist. Erst dann ließe sich die Sache überlegen. Die zweite wunderliche Nachricht des Pariser Korrespondenten der „Italie" geht dahin, daß sich Frankreich, nachdem es Italien für den Fall eines Krieges zu engagiren versucht, an Oesterreich gewandt und von diesem zwar nicht die Zusage einer aktiven Mitwirkung für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Rußland oder Preußen, jedoch die Versicherung erhalten habe, daß es Italien im Zaume halten werde, wenn sich dasselbe rühren sollte. Eine dahingehende Stipulation soll nach der „Italie" österreichischerseits unterzeichnet worden sein. Die Nachricht wird in Oesterreich Sensation machen und wahrscheinlich eine amtliche Erklärung der Regierung zur Folge haben. — Die Entfernung des Baron v. Budberg vom russischen Botschafterposten in Paris scheint die französische Regierung nicht angenehm zu berühren. Der Plan des Baron v. Budberg ging dahin, Minister des Auswärtigen in Rußland zu werden und dann die von ihm schon länger betriebene russisch-französische Allianz ins Werk zu setzen. Daß ihm die erbetene Entlassung so bereitwillig gewährt ist, läßt wohl einen Schluß auf die Ansichten zu, die in Petersburg in Betreff der Beziehungen zu Frankreich bestehen. — Für die Aufhebung der Schuldhaft haben sich außer sachkundigen juristischen Kreisen die der Kaufmannschaften aller großen Handelsstädte mit Ausnahme von Stettin ausgesprochen. Nachdem die mit der Ausarbeitung der neuen Civilprozeßordnung für den norddeutschen Bund betraute Kommission den betreffenden Entwurf vorbereitet, ist er von dem Justiz-Ausschusse des Bundesraths berathen und gutgeheißen worden. Abgesehen von der Frage der Beseitigung der Schuldhaft ist auch die Frage der Opportunität des Gesetzes in Berathung gezogen worden. Es ist erwogen worden, ob die Aufhebung der Schuldhaft schon jetzt durch ein besonderes Gesetz erfolgen oder ob sie erst in der neuen Civilprozeß-Ordnung ausgesprochen werden soll. Von beiden Ausschüssen ist die Entscheidung dahin erfolgt, daß die Aufhebung durch den unmittelbaren Erlaß eines besonderen Gesetzes geschehen soll. Da durch den Erlaß dieses Gesetzes das Wechselrecht alterirt werden wird, so sollen die süddeutschen Staaten von dieser Reform im norddeutschen Bunde in Kenntniß gesetzt und angegangen werden, mit einer gleichartigen Maßregel vorzugehen, damit die Gleichmäßigkeit in der Gesetzgebung auf diesen Gebieten in allen deutschen Staaten wieder hergestellt werde. — Demjenigen Theile der national-liberalen Blätter gegenüber, welche die Abstimmung vom 22. April als einen glänzenden Sieg der national-liberalen Partei proklamirten, ist jetzt ein anderer Theil zu der jedenfalls nüchternen Auffassung gelangt, daß das Votum gegen den Bundeskanzler, der sich in dieser Frage auf den Bundesrath gestützt habe, wohl nicht angemessen und zeitgemäß gewesen sei. — Nach amtlichen hierher gemachten Mittheilungen der Regierungen sämmtlicher Zollvereinsstaaten über die Produktion des Salzes ist hier eine Uebersicht über das Ergebniß dieses Bergwerkbetriebes im Zollverein während des Jahres 1866 veranstaltet worden. Nach derselben bestanden für die Produktion von Steinsalz 7 Werke, in welchen mit 1103 Arbeitern 4,800,000 Ctr. Steinsalz im Geldwerthe am Ursprungsort von 723,000 Thlr. gewonnen wurden. An weißem Kochsalz wurden produzirt in 65 Werken mit 3779 Arbeitern 5,619,000 Ctr. im Werthe von 3,519,000 Thlr.; an schwarzem und gelbem Salze für 287,000 Thlr.; an Düngergyps in 27 Werken mit 61 Arbeitern 134,000 Ctr. im Werthe von 18,250 Thlr. Die Gesammtproduktion sämmtlichen Salzes im ganzen Zollverein betrug 10,746,000 Ctr. im Werthe von 4,359,000 Thlr.

Berlin, 5. Mai. Se. Majestät der König, die Königin, die Prinzen und Prinzessinnen mit Gefolge fuhren am Sonntag Vormittags 9½ Uhr per Extrazug nach Potsdam und wohnten in der dortigen Hof- und Garnisonkirche dem Gottesdienste bei. Nach Beendigung desselben hatte das 1. Garde-Regiment z. F. im Lustgarten Kirchenparade. Hierauf fand das Dejeuner im Stadtschlosse statt. Nachmittags verweilten der König und die Königin im Park von Babelsberg und kehrten gegen 3 Uhr mit der Begleitung per Extrazug von dort hierher zurück. Abends ¾8 Uhr erfolgte die Abreise der Königin nach Koblenz, der König gab der erlauchten Gemahlin bis zum Bahnhofe das Geleit. Zur Begleitung gehörten die Hofdamen Gräfin Brandenburg und Prinzessin Carolath, sowie der diensthuende Kammerherr Baron v. d. Lancken. Gestern Vormittags 11 Uhr ist die Königin im Schlosse zu Koblenz eingetroffen, wird heute um dieselbe Zeit von dort nach Karlsruhe reisen und Abends im Kurorte Baden-Baden eintreffen. — Der König wohnte am Sonntag Abends der Vorstellung im Schauspielhause bei, empfing gestern Morgens im Beisein des Gouverneurs Grafen Waldersee und des Stadtkommandanten Grafen von Bismarck-Bohlen, mehrere Militärs, nahm darauf die Vorträge des Geheimen Kabinetsrathes von Mühler und des Geheimen Hofrathes Bork entgegen und arbeitete nach einer Spazierfahrt mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck.

— Der Generallieutenant v. Kameke, beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des General-Insp. des Ing.-Korps und der Festungen, hat eine Dienstreise zur Inspizirung der unterstellten Pionier-Bataillone und Festungen angetreten und sich zunächst nach Torgau begeben.

— Am Donnerstag wird die Debatte über den Antrag des Abg. Metz und Genossen auf Erlaß einer Adresse an den König im Plenum zur Berathung gelangen. Der Antrag des Referenten Abg. v. Bennigsen geht darauf hin: die Adresse anzunehmen, der Antrag des Korreferenten Abg. v. Thüngen: die Adresse abzulehnen. In Betreff des Schicksals, welches der betreffende Antrag haben dürfte, heißt es, daß die Fraktion der Konservativen sich wohl gegen die Adresse ausgesprochen, jedoch nicht die Abstimmung zur Fraktionssache erhoben habe. Die Freikonservativen haben sich nach der „Köln. Ztg." zumeist für die Adresse ausgesprochen, die süddeutsche Fraktion hat demselben Blatte zufolge beschlossen, bei Annahme der Adresse dieselbe als eine Kompetenz-Ueberschreitung des Zollparlaments zu erklären und an der Adreß-Debatte nicht Theil zu nehmen.

— (Post.) Die Ministerkrisis in England ist heute der hervorragendste Gegenstand der politischen Aufmerksamkeit, es stehen sich in Disraeli und Gladstone zwei starke Gegner gegenüber, und keiner will in diesem Ringkampfe um die Macht, welche aus der irischen Staatskirchenfrage entstanden ist, weichen. Disraeli ist bei der Königin in Osborne gewesen und hat seine Entlassung eingereicht, die Königin aber, und dies würde, wenn der „Observer" recht berichtet ist, Disraeli heute im Parlamente erklären, hat die Entlassung nicht angenommen und das Toryministerium bleibt also vorläufig im Amte. Ein Korrespondent der „Indep. belge" weiß ferner aus guter Quelle, daß die Regierung erklären werde, sie wolle wegen der Entscheidung in der irischen Kirchenfrage an das nächste Parlament appelliren. Antwortet nun die liberale Partei mit einem Mißtrauensvotum auf die Erklärungen, so wird sie, wie man annehmen darf, wohl eine schwache Majorität dafür erzielen, aber das Kabinet würde denn doch die sofortige Auflösung des Parlaments anordnen. Nach dem „Observer" würde die Taktik der Opposition darin bestehen, daß Gladstone seine zweite und dritte Resolution passiren und eine Adresse an die Königin votiren lassen wird. Bevor die Antwort der Königin auf die Adresse dann eingegangen, würde die Auflösung des Parlaments nicht ausgesprochen werden können. Die Entscheidung der Königin ist zwar nicht sicher, doch glaubt man in Londoner unterrichteten Kreisen, daß sie zu Gunsten der Tories ausfallen werde.

— Die Klagen über den Seitens der russischen Regierung geübten Grenzdruck in Polen werden immer lauter. Außer den schon erwähnten Zollbeschränkungen ist auch der persönliche Verkehr im höchsten Grade beengt und den weitgehendsten Plackereien unterworfen. Jeder ländliche Kreis in Polen, der noch nicht ein Viertel so groß, wie ein preußischer ist, bildet eine Gemeinschaft für sich, und für jede dieser kleinen Gemeinschaften muß man einen besonderen Erlaubnißschein haben! Die kleinste Reise erfordert also Verständigung mit einem Distrikts-Chef, oder irgend einem russischen Vogt, und legt dem Reisenden Belästigungen auf, wie man sie sonst nirgends kennt. Den preußischen Grenzbewohnern ist dies um so drückender, als sie häufig auf jenseitigem Gebiete zu thun haben. Die „Elbinger Anz." berichten, daß das „Wohlwollen" eines „dummen russischen Vogt durch Wodki (Branntwein) und Cigarren in Fluß erhalten werden muß", und weiter, daß ein jenseit der Grenze lebender preußischer Landwehroffizier, der zu einem 2½ Meilen von seiner Pachtung entfernt wohnenden Naczelnik reiste, um vom letzteren eine an die russische Behörde zu machende schriftliche Eingabe in die vorgeschriebene russische Sprache übersetzen zu lassen, weil er unterwegs, nach seinem Passirscheine gefragt, keinen solchen vorzeigen konnte, trotz des ausgesprochenen Zweckes und Zieles seiner Reise, 12 Stunden im Gefängnisse zubringen mußte, ehe er frei gemacht wurde.

— In Schroda wurde am 30. April eine Abgeordnetenwahl für den Landtag (an Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. Waligorski) vollzogen. Gewählt wurde der Kandidat der Polen v. Lubienski.

— Zollparlament. 6. Sitzung. Montag, 4. Mai, Vormittags. (Schluß.) Es folgt die Vorberathung des Gesetzes, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und der Zollstrafgesetzgebung, die mit dem 1. Juli 1868 in Kraft treten soll. — Die Generaldebatte wird eröffnet. — Abg. Müller (Stettin) [vom Platze]: Das vorliegende Gesetz gewährt nur eine Abschlagszahlung auf die nothwendigen Reformen des Zollvertrags, indem es nur in 2 Punkten eine wirkliche Abhilfe gewährt. (Ruf: Auf die Tribüne!) Es wird dem Redner mitgetheilt, daß die Stenographen des Hauses ihn nicht verstehen. Er begiebt sich in Folge Dessen auf die Rednertribüne, ist nunmehr aber, wegen seiner schwachen Stimme, zumal bei der im Hause herrschenden Unruhe absolut unverständlich. Er scheint jedoch folgende Resolution zu begründen, die er nach Schluß der Rede dem Präsidenten schriftlich übergiebt. 1) Möglichste Erleichterung der Zollabfertigung in Bezug auf Zeit, Ort und Kompetenz der Zollstelle. 2) Möglichste Erweiterung des Niederlagverkehrs. 3) Zulassung jeder Veränderung in der Disposition über die vom Auslande eingesandten Waaren, deren unmittelbare Umpackung, Vertheilung auf dem Transport unter amtlicher Aufsicht. 4) Möglichste Beschränkung der Kontrole in Grenzbezirken und im Binnenlande. — Abg. v. Hennig: Sie sträuben sich gegen jede Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments und da hat es mich um so mehr überrascht, daß Sie bis jetzt diesem Gegenstande, der ebenso wichtig ist, wie der Zolltarif selbst, so wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ich wünsche eine klare, übersichtliche Zusammenstellung der für das Zollverfahren geltenden, nicht absolet gewordenen Vorschriften, ich wünsche Erleichterungen im Grenzverkehr, ich wünsche ebenfalls die Erweiterung der Kompetenz der Zollbehörden und wünsche, daß der Fiskus die Kosten der Zollkontrole trage. Endlich müßte man niemals einen Satz bei Verdunstung ꝛc. aufstellen, wenn kein Grund für eine Zolldefraudation da ist, und die Strafbestimmungen klar und deutlich fassen. Herr v. Hennig übergiebt eine Resolution, in welcher die in Vorstehendem erwähnten Punkte eingeführt sind. — Abg. Stephany wünscht bei der neuen Gesetzvorlage eine größere Beachtung und mehr Erleichterungen für die zollfreien Waaren, so daß, wo eine Defraudation nicht möglich ist, die Beweisführung, welche Zeit raubt, beseitigt werde und die Waare ohne Weiteres passiren kann. — Abg. Krieger (Posen) empfiehlt in erster Linie die Ablehnung beider Anträge, eventualiter die Annahme der vom Abg. Müller beantragten Resolution. Der Antrag des Abg. v. Hennig suche auf der einen Seite zu spezialisiren, und erschöpfe andererseits die Materie nicht. Für jetzt genüge es, den Wunsch nach einer baldigen allgemeinen Regelung auszusprechen, die besonderen Anträge könne man später bei Vorlage des Gesetzes selbst stellen.

Abg. Dr. Mohl: Ich schließe mich dem Vorredner an. Der Abg. v. Hennig ist in seiner Resolution vielfach zu weit gegangen. So scheint der zweite Punkt derselben in seiner Fassung bereits die Streitfrage über Zollschutz und Freihandel entscheiden zu sollen, obwohl ich kaum glaube, daß der Antragsteller selbst dies beabsichtigte. Nehmen Sie die Resolution des Abgeordneten Müller an; Sie geben dadurch Ihrem Wunsche nach Erleichterung des Verkehrs Ausdruck, ohne Einzelheiten hineinzuziehen, deren Tragweite sich im Augenblick nicht übersehen läßt. — Bundeskommissar Präsident Delbrück: Die bisherige Diskussion hat das Einverständniß der Versammlung mit dem Gesetzentwurfe konstatirt; die Debatte bezog sich ausschließlich auf Wünsche, die man bezüglich des zukünftigen allgemeinen Gesetzes aussprach. Was das Letztere betrifft, so sind die Tendenzen, die hier ausgesprochen wurden, in Uebereinstimmung mit den Ansichten und Absichten, die der Bundesrath in den Motiven des vorliegenden Gesetzes niedergelegt hat. Bei den beiden Anträgen handelt es sich also nur darum, auf welche Weise man das Einverständniß mit den Regierungen ausdrücken soll. In Beziehung auf die Resolution des Abg. v. Hennig ist schon darauf hingewiesen, daß sie sich bemüht, detaillirt zu sein und andererseits doch den Gegenstand nicht erschöpft; sie leidet darunter, daß sie allgemeine Sätze aufstellt, unter denen sich Jeder denken kann, was er will. Wie ich dieselbe auffasse, habe ich durchaus nichts daran auszusetzen, ich weiß aber nicht, ob die Auffassung des Abg. v. Hennig mit der meinigen übereinstimmt, und ich zweifle daran. Ich sehe mit der Annahme solcher allgemeinen Sätze etwas Reelles nicht erreicht; die Uebereinstimmung in allgemeinen Tendenzen ist konstatirt, über das Mehr oder Weniger der Reformen im Einzelnen aber zu diskutiren, dazu würde heute kaum ausreichende Zeit noch genügende Grundlagen vorhanden sein. — Abg. Dr. Weigel: Ich hätte gewünscht, daß uns, um das Zollparlament würdig zu inauguriren, nicht eine Novelle, sondern ein vollständiges Gesetz zur Regelung der Zollverhältnisse vorgelegt worden wäre; dennoch begrüße auch ich den vorläufigen Schritt zum Besseren mit Freude. — Die Generaldiskussion wird hierauf geschlossen. — Bei der Spezialdebatte beantragt Abg. Weber (Stade) im §. 2 hinter den Worten „oder besonders schriftlich" die Worte „oder zu Protokoll" einzuschalten. Er motivirt diesen Zusatz durch einen Hinweis auf die Nothwendigkeit, auch solche Waarenführer, die des Schreibens nicht kundig, in dem Gesetze zu berücksichtigen. Das Amendement wird einstimmig angenommen. — Zu §. 5, welcher bestimmt, daß an Stelle des § 64 der Zollordnung folgende Bestimmung treten soll: „Ebenso wird von dem Mindergewicht, welches sich bei der Abfertigung der aus der Niederlage zur Eingangsverzollung oder zur Versendung mit Begleitschein abgemeldeten Waaren gegen das im Niederlage-Register angeschriebene Gewicht ergiebt, der Eingangszoll nicht erhoben, sofern anzunehmen ist, daß Mindergewicht lediglich durch Eintrocknen, Einzehren, Verstauben, Verdunsten oder gewöhnliche Leckage entstanden sei, namentlich kein Grund zu dem Verdachte vorliegt, daß ein Theil der Waaren heimlich aus der Niederlage entfernt worden", stellt Abg. Dr. Weigel den Antrag, die letzten Worte von „sofern anzunehmen ist" bis zum Schluß zu streichen.

Abg. Hinrichsen stellt das Sousamendement zu dem Weigel's: statt der gestrichenen Worte zuzufügen: „sofern nicht erwiesen ist, daß ein Theil der Waaren heimlich aus den Niederlagen entfernt worden ist." — Abg. Grumbrecht zieht sein Amendement zu Gunsten des Hinrich'schen zurück. — Nach längerer Debatte wird der §. 5 mit dem Amendement Hinrichsen angenommen, das Amendement Weigel abgelehnt. — Es folgt die letzte noch rückständige Wahlprüfung, die des Abg. Frhrn. v. Guttenberg (Kitzingen in Baiern), deren Ungültigkeit die Abtheilung beantragt auf Grund zahlreicher Verstöße gegen das Wahlgesetz, welche durch Proteste aufgedeckt werden, vor Allem wegen Ausschlusses der Oeffentlichkeit beim Oeffnen der Wahlzettel in einem Wahlbezirk. — Abg. v. Schoenning vertritt den Antrag der Minorität der Abtheilung und will, daß man über „Versehen" weggehen möge, die man auch bei der Prüfung der Wahlen im norddeutschen Reichstage als irrelevant behandelt habe; dieselbe Rücksicht habe man den Süddeutschen um so mehr erweisen, als die norddeutschen Wahlen bereits geprüft seien. — Abg. Dr. Blum (Sachsen) geht auf die Wahlakten noch viel umständlicher ein, als es Seitens der Abtheilung geschehen ist, die Nothwendigkeit der Ungültigkeitserklärung nachzuweisen. Die Eingriffe der Beamten in die Wahlfreiheit seien so eklatant, wie sie bei keiner norddeutschen Wahl für den Reichstag zur Sprache gekommen. — Abg. von Schweitzer würde gleichfalls für Kassation der Wahl sein, wenn ihn nicht die Erwägung zurückhielte, daß die Mitglieder des Reichstages wohl die Wahlen der süddeutschen Mitglieder zu prüfen hätten, nicht aber umgekehrt. Außerdem sei man bei der Prüfung der Wahlen preußischer Mitglieder lange nicht so genau zu Werke gegangen, wie man es jetzt thun wolle, wo nur ein Versehen, nicht aber Beeinflussung von oben her vorliege. — Abg. v. Keller gratulirt den süddeutschen Abgeordneten zu der Allianz, die sich so eben gezeigt, und zu der Courtoisie, die der Vorredner gegen dieselbe zeigen zu müssen glaubt, hält aber doch für das Wichtigste die Pflicht, die man gegen die Wähler habe; und diese Pflicht erheische es, die Wahl zu kassiren, wenn, wie im vorliegenden Fall eine der wichtigsten Garantien dafür, daß die unverfälschte Meinung der Wähler zum Ausdrucke gelange, die Oeffentlichkeit, verletzt worden sei. — Abg. Miquel: Wir müssen nach Recht und Gewissen urtheilen, nicht aber, wie der Abg. v. Schweitzer, nach irgend welchen beliebigen Rücksichten. Der allerwichtigste Theil des allgemeinen Wahlrechts, die Oeffentlichkeit, ist hier verletzt worden, die Wählerschaft selbst beschwert sich darüber, folglich bleibt uns nichts Anderes übrig, als Ungültigkeits-Erklärung. Sonst kommen wir in eine immer laxere Art und Weise der Wahlprüfung hinein. — Nachdem der Referent Stavenhagen schließlich unter großer Heiterkeit und Zustimmung des Hauses seiner Verwunderung über den Abg. Dr. Blum (Sachsen) Ausdruck gegeben, welcher nur das, was der Referent kurz und präzise zusammengefaßt, in die Länge gezogen, wird der Schluß der Debatte angenommen und die vorliegende Wahl mit geringer Majorität für gültig erklärt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Adreß-Debatte (von den beiden Referenten beantragt v. Bennigsen Annahme, v. Thüngen Ablehnung des Adreßentwurfs).

Gumbinnen, 4. Mai. Nach Mittheilung der benachbarten russischen Gubernial-Regierung ist die Rinderpest in den angrenzenden Kreisen als gänzlich erloschen anzusehen.

Anhalt, 3. Mai. Die offiziöse „Köthener Zeitung" hört, daß Seitens des Herzoglichen Hofjagdamtes eine Verfügung ergangen ist, wonach die Oberförster sämmtliches aus den Forsten tretende Wild zu erlegen haben. Bekanntlich hat die Beschwerde über Wildschaden Jahre lang einen hervorragenden Platz unter den Klagepunkten der Stände behauptet, ohne daß eine Abhülfe zu erzielen war. Die betreffende Verfügung wird daher große Befriedigung im Lande erregen.

München, 2. Mai. Heute fand der Schluß des Landtags statt, der durch K. Reskript nunmehr bis auf Weiteres vertagt ist. Mittlerweile setzen die Ausschüsse ihre Arbeiten fort, der Ausschuß für die Civilprozeßgesetzgebung ohne Unterbrechung, die übrigen treten später wieder zusammen. — Der kürzlich gegründete Verein „bairischer Patrioten" zählt jetzt etwa 200 Mitglieder und hat zum ersten Vorstand den Staatsrath v. Schrenk gewählt, in Augsburg und Niederbaiern sind Zweigvereine gegründet worden, als Vereinsorgan dient der „Bair. Kour." — Die hiesige Adresse für den Schulgesetzentwurf wurde dieser Tage mit 13,000 Unterschriften der Reichsrathskammer übergeben, desgleichen eine Adresse aus Augsburg mit 8210 Unterschriften.

Ausland.

Wien, 3. Mai. Der preußische Gesandte am österreichischen Hofe, Baron Werther, hat auch heuer, wie alljährlich, eine Sommerwohnung in Baden gemiethet, welche er Mitte Mai beziehen wird. Mit Bestimmtheit wird in hiesigen diplomatischen Kreisen das Gerücht verbreitet, daß Baron Werther in Kürze in den preußischen Grafenstand erhoben werden würde.

— Klapka soll demnächst zum ungarischen Landesvertheidigungsminister ernannt werden. Mehrere höhere Honved-Offiziere, welche vordem in der österreichischen Armee gedient, und denen der jüngste Königliche Erlaß zu Gute kommt, beabsichtigen, wie im „Haz." zu lesen, unter der Führung des Generals Vetter dem Kaiser persönlich ihren Dank für den Königlichen Akt auszusprechen. — Die äußerste Linke ruht nicht; sie möchte Kossuth's Brief, in dem er auf die Fünfkirchner Wahl verzichtet, durchaus zur Oeffentlichkeit gebracht sehen. Einer der Ihrigen, Patau, verlangte in der Unterhaussitzung vom 1. d. Mts., nochmals, den Absagebriefe des Agitors für sich lesen zu dürfen. — Er wurde einfach an das Archiv verwiesen. — Nach einem Pariser Berichte sind bei der Société générale so nambafte Beträge für das ungarische Eisenbahn-Anlehen subskribirt worden, daß die bisherigen Einzahlungen daselbst bereits 50 Millionen Franks übersteigen. Von diesem Betrage hat Herr v. Lonyay bisher nur 5 Millionen Franks in Silber und Gold erhoben. Der Rest von etwa 46 Millionen liegt gegen mäßige Verzinsung bei der Société und wird dort zur Verfügung des ungarischen Finanzministers bereit gehalten. — Dem „P. Lloyd" wird aus Wien berichtet, daß, bestimmten Nachrichten zufolge, der Herzog von Grammont und Graf Castellane am 10. d. in Pesth eintreffen werden, um daselbst ein französisches Konsulat einzurichten.

Paris, 4. Mai. Nachwahlen zum gesetzgebenden Körper. In Perigueux (Dep. Dordogne) erhielt der Regierungskandidat Boisredon 17,287, der Kandidat der Opposition Malleville 10,134 Stimmen; in Albi (Dep. Tarn) fielen von 28,958 abgegebenen Stimmen 13,774 auf den Regierungskandidaten Gaugiran, 9354 auf General Gorsse, 6639 auf den Herzog Decazes. Eine engere Wahl ist somit nöthig.

— Auf der hiesigen preußischen Botschaft haben sich bis jetzt bereits über 100 Mitglieder der hannoverschen Legion gemeldet, welche um die Erlaubniß zur Rückkehr in die Heimath nachsuchten; dieselben sind mit Reisegeld versehen und nach Hannover befördert worden.

— Bei dem gestrigen Bankett zu Ehren des ehemaligen russischen Botschafters, Baron Budberg, waren sämmtliche Mitglieder des diplomatischen Korps, mit Ausnahme des päpstlichen Nuntius, erschienen. Baron Budberg wird morgen Paris verlassen.

Paris, 4. Mai. Die „France" bespricht den Adreßentwurf des Zollparlaments und sagt: Die einheitlichen Bestrebungen und Kundgebungen haben, obgleich sie unzeitgemäß und unklug sind, nichts, was uns in Erstaunen setzen oder erregen könnte, so lange sie Partei-Ausdruck bleiben. Selbst ein Beschluß des Zollparlaments würde nicht entscheidend sein, da dasselbe nicht die Aufgabe hat, die Geschicke Deutschlands zu regeln. — Die Situation würde nur dann ernst werden, wenn der König einem solchen Beschlusse zustimmen würde. Sie würde sich verwickeln, wenn ein neuer Schritt der Regierung für die politische Einigung Deutschlands angethan würde, wenn ein charakteristischer Akt zur Beseitigung des Widerstandes im Süden erfolgte.

— Der österreichische Botschafter Fürst Metternich wird morgen Abend nach Wien abreisen, um der Hochzeit seines Bruders beizuwohnen. — Ueber die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Paris ist noch keine Entscheidung getroffen. — Der „Abend-Moniteur" meldet, daß die japanischen Behörden der französischen Regierung ihr Bedauern über die Vorkommnisse in Osaka ausgedrückt haben.

— Das Marineministerium hat weitere Nachrichten aus Japan vom 11. v. Mts. erhalten. Am Tage nach der Ermordung der französischen Marine-Soldaten haben sich die japanesischen Behörden und Abgesandte des Mikado an Bord der Fregatte „Venus" begeben, um ihr tiefes Bedauern über den Vorfall auszudrücken. — „France" berichtet über den Empfang Jules Favre's in den Tuilerieen. Der Kaiser empfing den neuen Akademiker, sagt das Blatt, mit seiner gewöhnlichen Höflichkeit.

— Im Senat begann heute die Berathung des Preßgesetzentwurfes. Maupas und Segur d'Aguesseau sprachen gegen denselben, Hubert-Delisle sprach dafür. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

London, 1. Mai. Zwischen dem 20. und 24. April sind dem Zollparlamente 2578 Petitionen mit 292,374 Unterschriften gegen die Abschaffung der irischen Staatskirche und 558 Petitionen für die Gladstoneschen Resolutionen vorgelegt worden. Diesen Zahlen zufolge (so giebt sie nämlich der „Morning Herald") scheint die Majorität bei weitem auf Seiten der Regierung zu sein. Nur ist zu bemerken, daß die letzteren 558 Petitionen 223,231, also fast eben so viele Unterschriften tragen, wie die ersteren, und daß von den Petitionen zu Gunsten der Abschaffung viele nur von den resp. Präsidenten der Meetings, auf welchen sie zum Beschluß erhoben wurden, unterzeichnet sind. So die aus dem großen Meeting im „Tabernakel" resultirende Petition, die von Tausenden beschlossen und nur vom Präsidenten, John Bright, unterzeichnet wurde.

— Charles Dickens ist verwichenen Abend von Amerika zurückkehrend in Queenstown eingetroffen und wird am kommenden Montag hier erwartet. Er dürfte mit den Triumphen, die er auf amerikanischem Boden gefeiert hat, zufrieden sein. Am 18. April wurde ihm von Seiten der Presse der Vereinigten Staaten ein Banket gegeben, und am 20. hielt er seine Abschiedsvorlesung in Steinway-Hall. Bei beiden Gelegenheiten folgte stürmischer Applaus fast jeder Aeußerung des berühmten Schriftstellers, der leider in letzter Zeit an einem Fußübel litt; auf dem Banket stimmte die Musik die englische Nationalhymne an, und alle Anwesenden stimmten mit ein; nach Beendigung der Abschiedsvorlesung gaben nicht endenwollende Zurufe und unzählige wehende Taschentücher dem Scheidenden das Geleite.

London, 1. Mai. Gestern Nachmittag wurde vom Lordmayor eine außerordentliche Versammlung der Stadtverordneten der City einberufen, um über eine Beileids-Adresse an die Königin bezüglich des Attentats auf den Herzog von Edinburg zu berathen. Wie zu erwarten stand, wurde das Abschicken einer Adresse einstimmig zum Beschluß erhoben.

— Um gegen die Abschaffung der irischen Staatskirche als solche Protest zu erheben, wurde am Donnerstag Abend in Plymouth ein Meeting zusammenberufen, auf welchem es an heftigen Scenen, selbst persönlichen Raufereien nicht fehlte, denn schon zu Anfang der Versammlung hatte sich die Opposition in ansehnlicher Zahl eingefunden. Geistliche selber standen sich auf beiden Seiten gegenüber und einer derselben (allerdings ein Unitarier) brachte eine Resolution für die Abschaffung des Staatskirchen-Instituts ein, welche mit bedeutender Majorität und unter lauten Hurrahrufen für Mr. Gladstone und Mr. Bright angenommen wurde.

— Sir Robert Napier wird dem „Spektator" zufolge für den Sieg in Abyssinien mit der in solchen Fällen gebräuchlichen Pension dotirt werden und an Sir W. Mansfield's Stelle als Oberbefehlshaber nach Indien gehen. Es soll dem Vernehmen nach dem General außerhalb eine Peerage angeboten werden, die derselbe indeß wegen seines unbedeutenden Vermögens und seiner zahlreichen Familie ausschlagen dürfte.

London, 4. Mai. Im Unterhause zeigte Disraeli an, daß er am Freitage seine Demission eingereicht, die Königin jedoch begehrt habe, er solle am darauf folgenden Sonnabend wiederum erscheinen. An diesem Tage habe ihm die Königin erklärt, sie nehme seine Demission nicht an, ermächtige ihn vielmehr zur Auflösung des Parlaments. Disraeli fügte hinzu, er werde diesen Schritt erst im Herbste vornehmen, um dann an die aus der Reformbill neu hervorgegangenen Wählerschaften appelliren zu können. In der Zwischenzeit werde er Maßregeln durchzusetzen suchen, die ihn zur Ausführung dieses Schrittes befähigen würden. Disraeli äußerte noch, er werde gegen die Gladstone'schen Resolutionen für Aufhebung der irischen Staatskirche nicht mehr als Opponent auftreten, sondern sie als Theile des schon über die erste Resolution erfolgten Votums — wenn auch nicht heute Abend — acceptiren. Gladstone protestirte gegen die konstitutionellen Doktrinen, welche die Regierung zu ihren eigenen mache und beantragte auf das Dringlichste, daß das Haus mit der Diskussion der übrigen Resolutionen ohne Verzug vorgehen möge.

— Aus Newyork wird per Dampfer vom 23. v. M. gemeldet: Stanberry's Krankheit dauert fort. Es ist daher nicht wahrscheinlich, daß derselbe die Vertheidigung des Präsidenten vor dem Senate wird führen können.

Washington, 23. April. Im Senatsgerichtshofe eröffnete Boutwell die Plaidoyers der Anwälte für die Anklage gegen den Präsidenten. Er bezeichnete das „Aemterbesetzungs-Gesetz" als vollkommen verfassungsmäßig zu Stande gekommen. Der Präsident sei verpflichtet, den Beschlüssen des Kongresses Geltung zu verschaffen, aber habe kein Recht, dieselben in Frage zu stellen. Durch Verletzung des Aemterbesetzungs-Gesetzes habe der Präsident Johnson auch die Verfassung verletzt. Seine Behauptung, er habe nur danach gestrebt, eine gerichtliche Entscheidung über die Gültigkeit desselben Gesetzes herbeizuführen, sei nichts Anderes als ein Vorwand; seine Absicht sei vielmehr gewesen, über die Regierungs-Aemter eine despotische Kontrole für verderbliche Zwecke zu gewinnen und die Union in einer Weise wieder herzustellen, welche den Interessen der Rebellen entspräche. Der Umstand, daß er vom Kabinet in seinem Verhalten unterstützt worden, könne den Präsidenten nicht zur Verletzung der Landesgesetze berechtigen. Den Senatoren stehe es nicht zu, sich bei ihrem Verdikt durch Privat-Ansichten darüber leiten zu lassen, ob das Aemterbesetzungs-Gesetz zweckdienlich sei oder nicht.

Pommern.

Stettin, 5. Mai. Der bereits in den Jahren 1848/49 wegen Verleitung zum Meineide und schweren Diebstahls mit Zuchthaus bestrafte Kanzlist Friedr. Wilh. Alb. Brose von hier stand heute unter der Anklage der Wechselfälschung in 7 Fällen vor den Geschworenen. Derselbe war geständig, im Winter 1867/68 7 Wechsel im Gesammtbetrage von 197 Thlr. angefertigt, sechs davon mit Acceptations-Vermerk „Fabriz" und einen mit dem Acceptations-Vermerk „Domann", sowie alle mit seinem Blankogiro versehen und zum Zwecke der Täuschung davon Gebrauch gemacht zu haben. Der Angeklagte suchte seine Handlungsweise durch drückende Noth zu beschönigen; er sei von seinen Gläubigern gedrängt worden, habe den Versuch gemacht, durch „Gewinn im Spiel" seine Schulden zu tilgen, und deshalb, um sich Geld zum Spiel zu verschaffen, die falschen Wechsel angefertigt. Die Staatsanwaltschaft führte dem Antrage des Vertheidigers gegenüber, den Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen, aus, es lasse sich wohl kaum etwas Frivoleres denken, als sich durch Anfertigung falscher Wechsel Geld zum Spiel zu verschaffen. Wahrscheinlich in Würdigung dieses Argumentes wurde von den Geschworenen das Vorhandensein mildernder Umstände abgelehnt und der Angeklagte zu 4 Jahren Zuchthaus und 200 Thlr. Geldbuße, event. noch 3 Monat Zuchthaus verurtheilt. — Die zweite Anklage, welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt wurde, war wider den Arbeiter Friedr. Krüger von Bredower Antheil gerichtet und involvirte das im §. 144 des Strafgesetzbuches vorgesehene Verbrechen im Rückfalle. K. wurde zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt. — Am Donnerstag um 10 Uhr beginnt die dreitägige Verhandlung wegen Brandstiftung wider den Eigenthümer Franke und Genossen von Bredower Antheil wegen vorsätzlicher Brandstiftung.

— Durch Verfügung vom 20. v. M. hat der Herr Justiz-Minister sämmtliche Gerichtsbehörden des Staates wegen der Einholung von Gutachten der technischen Deputation für Gewerbe auf das Neue mit Anweisung versehen. Diese Deputation hat über die zu ihrer Kompetenz gehörigen Fragen, in so weit nicht ein fiskalisches Interesse betheiligt ist, nur dann Gutachten zu geben, wenn die Vernehmung anderer Sachverständigen bereits statt gefunden und die Einholung eines Superarbitriums nothwendig gemacht hat. Die Anträge auf solche Vernehmungen sind übrigens nicht unmittelbar an erwähnte Behörde oder deren Beamte, sondern an den Handels-Minister zu richten.

— Wie wir hören, ist der bei der hiesigen Königlichen Polizei-Direktion beschäftigte Herr Assessor Horn zum etatsmäßigen Rath in Breslau ernannt und wird bereits binnen wenigen Tagen an seinen neuen Bestimmungsort abgehen. Nachfolger des Herrn H. ist der Herr Assessor Dr. Bautz in Breslau.

— Zu Varzin, im Regierungsbezirk Cöslin, wird am 15. Mai cr. eine kombinirte Telegraphenstation mit beschränktem Tagesdienst eröffnet.

‡ **Belgard,** 3. Mai. Heute Abend, genau um 11 Uhr, ertönte plötzlich Feuerlärm. Eine Scheune des Gastwirths Hackbarth stand in hellen Flammen und stürzte mit ihrem Holzwerk schon ein, ehe noch die Spritzen in Gang gesetzt werden konnten. Die nebenan stehenden 2 Ställe desselben Besitzers wurden gleichfalls vom Feuer mit ergriffen und sind niedergebrannt, indeß das Wohnhaus und damit eine ganze Reihe anderer, aus Fachwerk gebauter und durch Brandgiebel nicht getrennter Häuser gerettet wurde. Während des Brandes herrschte, wie auch den ganzen Tag über, ziemliche Windstille. Ueber die Entstehungsart ist nichts Bestimmtes bekannt, doch wird Brandstiftung angenommen.

Colberg, 4. Mai. Am Freitag um 1 Uhr Mittags hat eine hierorts seltene Naturerscheinung, eine Windhose, verbunden mit einem kurzen, aber starken Gewitter, fast sämmtliche alte Scheunen auf der Gelder Vorstadt total demolirt. Die Spuren ihrer unheilvollen Wirkung sind weiter an den letzten Häusern der Lauenburger Vorstadt, an dem Wärterhäuschen auf dem Wege nach dem Busche und beim Gutsbesitzer Reimer deutlich zu erkennen. Was für Schaden sie in unserm Stadtwalde verursacht hat, wissen wir noch nicht, gering wird er aber gewiß nicht gewesen sein.

Viehmärkte.

Berlin. Am 4. Mai c. wurden auf hiesigem Viehmarkt an Schlachtvieh zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1124 Stück. Der Handel war bei minder starken Zutriften als vorwöchig nur matt, obgleich mehrere Ankäufe nach den Rheinlanden gemacht, wurden beste Qualität nur mit 16 Rt., mittel 12—14 Rt., ord. 9—10 Rt. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt.

An Schweinen 2773 Stück. Die Durchschnittspreise stellten sich fast ebenso gedrückt als vorige Woche, beste feine Kernwaare konnte nur 16 Rt. pro 100 Pfd. Fleischgewicht erzielen.

An Schafvieh 3881 Stück. Die Zutriften waren um jetzige Jahreszeit sehr stark. Export-Geschäfte waren nur sehr unbedeutend, es blieben daher bedeutende Bestände unverkauft.

An Kalbern 1010 Stück, welche bei lebhaftem Verkehr zu mittelmäßigen Preisen geräumt wurden.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 4. Mai, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Anne Christine, Joos von Artis. Rensko, Vogt von Riga. Anna Margaretha, Gorgensen von Gothenburg. Sebaldus, Evert von Nordjkoebing. Ida, Weiß von Colberg. Vineta (SD), Heydemann von Königsberg. — Wind N. Revier 14 3/4 F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Mai. Witterung: leicht bewölkt, schön, doch windig. Temperatur + 12° R. Wind: W.

Weizen niedriger, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 97—103 Rt., bunter 95 99 Rt., weißer 98—105 Rt., ungarischer 80—92 Rt., 83—85pfd. per Mai 98 Rt. bez., Mai-Juni 97 1/2, 95 1/4 Rt. bez., Juni-Juli 93 1/2 Rt. bez., 92 Br.

Roggen Anfangs weichend, Schluß fester, pr. 2000 Pfd. loco 59 bis 65 Rt., pr. Mai-Juni 60 1/2, 58 3/4, 60 Rt. bez., Juni-Juli 60 1/4, 59, 60 Rt. Br. u. Gd., Juli-August 56 Rt. bez., 56 1/2 Gd., Septbr.-Oktober 55 Rt. bez., 54 1/2 Br.

Gerste niedriger und schwer verkäuflich, per 1750 Pfd. loco Oderbruch 52 Rt., schles. u. mähr. 50 1/2—53 Rt.

Hafer niedriger, per 1300 Pfd. loco ordinärer 32—35 Rt., feinerer 35 1/2—36 Rt., 47—50pfd. per Juni-Juli 35 1/4 Rt. bez.

Erbsen Futter- 60—63 Rt. pr 2250 Pfd.

Rüböl stille loco 10 Rt. Br., Mai 9 5/6, 3/4 Rt. bez., Sept.-Oktober 10 1/4 Rt. Br., 1/12 Gd.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß 18 11/12 Rt. bez., Mai 19 bis 18 23/24 Rt. bez., Mai-Juni 18 2/3, 11/24 Rt. bez., Juni-Juli 19, 18 7/8, 3/4 Rt. bez., Juli-August 19 1/6 Rt. Br., August-September 19 1/6 Rt. bez. u. Br., Septbr.-Oktober 18 1/3 Rt. Br.

Angemeldet: 1500 Ctr. Rüböl.

Regulirungs-Preise: Weizen 98, Roggen 59 1/2, Rüböl 9 5/6, Spiritus 18 2/3.

Landmarkt.

Weizen 95—100 Rt., Roggen 60—66 Rt., Gerste 50—53 Rt., Hafer 34—37 Rt. pr. 26 Scheffel, Erbsen 64—67 Rt. pr. 25 Scheffel, Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr., Stroh pr. Schock 7—8 Rt.

Berlin, 5. Mai, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84 1/8 bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 95 1/2 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 1/4 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93 3/4 bez. Oesterr. National-Anleihe 54 3/8 bez. Pomm. Pfandbriefe 85 3/4 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186 1/2 bez. Wien 2 Mt. 86 7/8 bez. London 3 Mt. 6. 23 3/4 bez. Paris 2 Mt. 81 1/12 bez. Hamburg 2 Mt. 151 1/12 bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 74 1/8 bez. Oesterr. Banknoten 87 11/16 bez. Russ. Banknoten 83 7/8 bez. Amerikaner 6 % 76 3/8 bez.

Weizen pr. Mai 82 1/2, 84 1/2 bez. Roggen pr. Mai 57 1/2, 60 1/2 bez., Mai-Juni 57 1/2, 60 1/4 bez., Juni-Juli 58 1/2, 61 1/4 bez. Rüböl loco 10 1/12 bez., Mai-Juni 9 11/12, 10 bez., September-Oktober 10 1/3 bez. Spiritus loco 19 1/6 bez., Mai-Juni 18 5/6, 19 1/6 bez., Juni-Juli 19 1/12, 1/3 Rt. bez., Juli-August 19 1/2, 1/2 bez.]

Hamburg, 4. Mai. Getreidemarkt. Für Weizen und Roggen weichende Tendenz. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 172 Bankothaler Br., 171 Gd., per Mai-Juni 168 Br. u. Gd., pr. Juli-August 157 Br., 156 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 120 Br., 119 Gd., per Mai-Juni 115 Br., 114 Gd., per Juli-August 105 Br. u. Gd. Hafer stille. Rüböl matt, loco 22, per Mai 22, per Oktober 22 3/4. Spiritus flau 28. Kaffee fest. Zink ruhig, verkauft 1000 Ctr. per Juni-Juli a 13 Mk. 8 1/2 Sch. — Wetter sehr schön.

Amsterdam, 4. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen flau, Roggen flau, per Mai 252, per Juni 246, pr. Juli 236. Raps per Oktober 66. Rüböl pr. Mai 35 3/4.

London, 4. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 18,675, Gerste 8488, Hafer 25,386 Quarters.

Weizen 1 Sch. billiger. Gerste unverändert. Hafer 1/2 Sch. niedriger, beste Qualitäten ausgenommen. Leinöl ab Hull loco 32 5/8. — Anhaltend schönes Wetter.